

Budgetausschuß.

Voranschlag des Ministeriums für öffentliche Arbeiten.

Minister Ritter v. Soman führt in seiner Rede, deren Beginn wir im Abendblatt mitgeteilt haben, noch aus, welche Maßnahmen in den einzelnen Dienstzweigen des Ministeriums für die Unterstützung einzelner Gewerkszweige, des Bauwesens und des Berganbetriebes getroffen wurden.

Der Minister gehe von der Ansicht aus, daß die Sanierung der Staatsfinanzen und des gesamten volkswirtschaftlichen Lebens zum großen Teil nur dadurch erreicht werden könne, daß unsere Handelsbilanz einigermaßen gebessert werde. Es ist nicht notwendig, daß wir, wie vor dem Kriege, aus Oberschlesien eine so große Menge von Kohle beziehen, da wir in Westgalizien, in Böhmen, im Strau-Karwiner Revier und anderswo so reiche Lagerstätten von vorzüglicher Kohle besitzen. Es handelt sich nur darum, die zu ihrer Ausbeutung erforderlichen Werke zu errichten. Das wird nach Friedensschluß unsere Hauptarbeit sein, und diese schon während des Krieges vorzubereiten, sei eine der vornehmsten Pflichten des Ministers. (Lebhafte Zustimmung.)

Was insbesondere die Staatsmontanwerke betrifft, so hat sich schon in den letzten Jahren hier ein gewaltiger Umschwung gezeigt. Dank einem Stabe von Beamten, die jedes Opfer auf sich zu nehmen bereit sind, wo es gilt, die staatlichen Interessen zu wahren, ist es dem Minister, seit er an die Spitze der Montanverwaltung getreten ist, gelungen, die staatlichen Werke nicht nur zu den Musteranstalten in jeder Beziehung, sondern auch zu ertragsreichen Betrieben auszugestalten. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Minister erwähnt sodann die Verhältnisse der Staatsmontanwerke, wo auch während des Krieges die Friedensproduktion nahezu voll aufrechterhalten werden konnte, indem die maschinelle Kohlenbaggerung eingeführt wurde, wobei namentlich im Bezirke Drohobycz die Lungebung und der Opfermut der Beamten bis zum Einbruch der Russen alles Lob verdiente.

Der Minister habe auch schon in Friedenszeiten sein Streben darauf gerichtet, den staatlichen Kohlenwerksbesitz zu erweitern. Er erinnert in dieser Beziehung an den Erwerb der Kohlenwerke von Brzesce und Wölkau-Buchberg; wegen dieses Ankaufes habe er manche Anfeindungen, insbesondere auch seitens einzelner Unternehmer, erfahren, die ~~darin eine~~

für den privaten Kohlenbergbau erblickten. Wie richtig es aber war, den staatlichen Bergbaubesitz zu erweitern, insbesondere den Bergbau in Brzesce zu erwerben, habe der Krieg zu voller Evidenz erwiesen. Während des Krieges waren wir in der Lage, in Brzesce täglich 120 Waggons Kohle zu produzieren, während vor dem Kriege dort nur 40 Waggons gefördert wurden. Der Minister werde auch niemals seine Einwilligung dazu geben, diese Werke wieder privaten Unternehmern zu überlassen. Der Staat muß vielmehr trachten, auf dem Gebiete des Bergbaues unabhängig von Privatunternehmungen die für ihn nötigen Urprodukte zu gewinnen, dann aber auch preisregulierend und richtunggebend auf diesem Gebiete aufzutreten. Das soll auch weiterhin das Streben des Ministers sein. (Zustimmung.)

Der Minister kündigt ferner noch die baldige Einbringung der Kohlengesetznovelle an und gibt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß der Ausschuß aus seinen Ausführungen die Gewissheit erlangt haben werde, daß sowohl ihm wie allen Beamten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten die volle Pflichterfüllung am Herzen liege. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Wadleck erinnert an seine Resolution, betreffend den staatlichen Kohlenbergbau, und wünscht, daß man in dieser Hinsicht weiter vorgehe, empfiehlt die Verstaatlichung der Zrenschürze, Erschließung der Braunkohlenlager in Südmähren und fordert den Schut der Naturhähe Mährens.

Abg. Smrcek unterbreitet dem Minister namens der Techniker Oesterreichs die Bitte, er möge bei der weiteren Ausgestaltung des Arbeitsministeriums mit seinem ganzen Einflusse dahin wirken, daß die Techniker insbesondere an leitende Stellen gelangen und nicht zu Handlangern der Juristen herabsinken, und stellt einen Antrag, wonach die Regierung aufgefordert wird, gemeinschaftlich mit dem Landesauschusse in Mähren die bereits begonnene Preisregulierung der March zu beenden.

Abg. Dr. Wollich beantragt in seinem und im Namen der Abg. Rendzior und Smrcek, die Regierung wolle dem Reichsrate eine Vorlage unterbreiten, daß alle Agenden der Wasserwirtschaft im Ministerium für öffentliche Arbeiten vereinigt werden; weiter im eigenen sowie im Namen der Abg. Ungera, Rendzior und Smrcek, daß alle Angelegenheiten, welche die Produktion und Verarbeitung von Mineralöl und Mineralwachs betreffen, dem Ministerium für öffentliche Arbeiten zugewiesen werden.

Abg. Dr. Saginja beipflicht die Verhältnisse der gewerblichen Fachschulen in Krien und erörtert die Aufgaben der besseren Verwertung der Wasserkräfte zu Elektrizitätszwecken.

Abg. Dr. Heiling erörtert eine Reihe wirtschaftlicher und gewerblicher Fragen und ersucht den Minister, einen Gesetzentwurf, betreffend die obligatorische Alters- und Invalidenversorgung der Gewerbetreibenden, vorzulegen.

Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Soman dankt dem Ausschusse für das dem Ressort entgegengebrachte Wohlwollen, das ihm und seinen Beamten ein neuer Ansporn sein werde, mit allen Kräften auf den bereits eingeschlagenen Wegen fortzuschreiten, und reflektiert hierauf auf die von den einzelnen Rednern vorgebrachten Anregungen und Wünsche.

Es sprechen noch die Abg. Dr. Steinwender und Dr. Diamand.

Nächste Sitzung morgen Samstag, den 15. d., 10 Uhr vormittags.